

ENTWURF

SOCIAL ECONOMY DEKLARATION

Stand: 15.5.2023

S●OCIAL EC●N●OMY
KONFERENZ

Inhaltsverzeichnis

1. EINLEITUNG.....	3
1.1. WAS IST DIE SOCIAL ECONOMY?.....	3
1.2. LEISTUNGEN UND POTENZIALE DER SOCIAL ECONOMY.....	4
1.3. ZENTRALE HERAUSFORDERUNGEN DER SOCIAL ECONOMY IN ÖSTERREICH.....	7
2. HINTERGRUND DER DEKLARATION.....	7
2.1. DIE 1. SOCIAL ECONOMY KONFERENZ IN ÖSTERREICH.....	7
2.2. RELEVANTE INTERNATIONALE RAHMENBEDINGUNGEN.....	8
2.2.1. DIE NACHHALTIGEN ENTWICKLUNGSZIELE DER VEREINTEN NATIONEN.....	8
2.2.2. OECD-EMPFEHLUNG ZUR SOZIALEN UND SOLIDARISCHEN ÖKONOMIE UND SOZIALER INNOVATION.....	9
2.2.3. EUROPÄISCHE SÄULE SOZIALER RECHTE.....	9
2.2.4. NEXTGENERATIONEU.....	9
2.2.5. EU-AKTIONSPLAN FÜR DIE SOCIAL ECONOMY.....	9
3. FORDERUNGEN UND EMPFEHLUNGEN.....	10
3.1. FORDERUNGEN AN DIE BUNDESREGIERUNG.....	10
3.2. EMPFEHLUNGEN AN AKTEUR:INNEN DER SOCIAL ECONOMY.....	16

1. Einleitung

1.1. Was ist die Social Economy?

Die Social Economy umfasst wirtschaftlich tätige Organisationen, die sich durch folgende Eigenschaften auszeichnen: „**Vorrang des Menschen** sowie des sozialen und/oder ökologischen Zwecks vor dem Gewinn, **Reinvestition** des größten Teils der Gewinne und Überschüsse zur Durchführung von Aktivitäten im Interesse der Mitglieder/Nutzer („kollektives Interesse“) oder der Gesellschaft insgesamt („allgemeines Interesse“) und **demokratische und/oder partizipative Führung**“¹. Diese Definition umfasst einen Teil der in Österreich traditionell so genannten „Sozialwirtschaft“, des Genossenschafts-, Vereins- und Stiftungswesens, der Organisationen der „Solidarischen Ökonomie“ sowie der „Sozialunternehmen“ neueren Typs („Social Businesses“ oder „Social Enterprises“). Die Social Economy wird auf Deutsch häufig als „Soziale und Solidarische Ökonomie“ bezeichnet.

Organisationen der Social Economy nutzen eine Bandbreite an Rechtsformen: Dabei bezieht sich der Begriff Social Economy „auf **vier Haupttypen von Einrichtungen**, die Waren und Dienstleistungen für ihre Mitglieder oder die Gesellschaft insgesamt anbieten: **Genossenschaften, Gegenseitigkeitsgesellschaften, Vereine (einschließlich Wohlfahrtsverbände) und Stiftungen**. Sie sind private Einrichtungen, die von der öffentlichen Hand unabhängig sind und eine bestimmte Rechtsform haben“².

„**Sozialunternehmen**“ neueren Typs werden häufig auch als „Social Businesses“ oder „Social Enterprises“ bezeichnet. Als Teil der Social Economy definiert die EU „Sozialunternehmen“ wie folgt: „Sozialunternehmen sind auf dem Markt durch die Herstellung von Waren und die Erbringung von Dienstleistungen unternehmerisch und oft innovativ tätig und verfolgen mit ihrer Geschäftstätigkeit soziale und/oder ökologische Ziele. Ihre Gewinne werden größtenteils reinvestiert, um ihr unternehmerisches Ziel zu erreichen. **Ihre Organisationsstrukturen und Eigentumsverhältnisse sind ebenfalls auf Prinzipien der Mitbestimmung oder Mitarbeiterbeteiligung oder auf sozialen Fortschritt** ausgerichtet. Sozialunternehmen können je nach nationalem Kontext eine Vielzahl von Rechtsformen haben“³.

¹ EU-Kommission (2021): Aufbau einer Wirtschaft im Dienste der Menschen: ein Aktionsplan für die Sozialwirtschaft. Siehe unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52021DC0778&from=DE>, 17.10.2022, S. 3f; eig. Hervorhebungen

² ebd.

³ ebd.; Unter „sozialem Fortschritt“ ist zu verstehen, dass „deren Organisationsstruktur oder Eigentumsverhältnisse dieses Ziel widerspiegeln, da sie auf Prinzipien der Mitbestimmung oder Mitarbeiterbeteiligung basieren oder auf **soziale Gerechtigkeit** ausgerichtet sind“, „[b]eispielsweise durch eine begrenztere Lohnspannbreite“; vgl. EU-Kommission (2011): Initiative für soziales Unternehmertum Schaffung eines „Ökosystems“ zur Förderung der Sozialunternehmen als Schlüsselakteure der Sozialwirtschaft und der sozialen Innovation. Siehe unter: https://www.parlament.gv.at/PAKT/EU/XXIV/EU/06/23/EU_62362/imfname_10011513.pdf, 18.11.2022, S. 3; eig. Hervorhebungen; der Aktionsplan verweist zur näheren Definition von „sozialem Fortschritt“ auf dieses Dokument. In Frankreich z.B. wurde in Entsprechung mit dem Aktionsplan eine Begrenzung von Maximaleinkommen in die nationale Operationalisierung der EU-Definition aufgenommen: <https://www.economie.gouv.fr/entreprises/agrement-entreprise-solidaire-utilite-sociale-ess>, 18.11.2022

Auf der Basis grundlegender Gemeinsamkeiten, weist die Social Economy eine große Vielfalt an Organisations- und Rechtsformen auf. Die Unterstützung der Social Economy erfordert daher eine übergreifende und zugleich differenzierte Strategie in Form eines **Österreichischen Aktionsplans für die Social Economy**, der **neben allgemeinen auch spezifische Maßnahmen** für die verschiedenen Ausprägungen der Social Economy beinhalten muss: „Bei der Entwicklung geeigneter politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen müssen die Behörden die Vielfalt der von der Sozialwirtschaft abgedeckten Rechtsformen berücksichtigen. Genossenschaften, Gegenseitigkeitsgesellschaften, Stiftungen, Vereine und Sozialunternehmen haben zwar viele Gemeinsamkeiten, aber sie haben auch unterschiedliche Ziele und Arbeitsweisen und sind mit spezifischen Hindernissen konfrontiert“⁴.

1.2. Leistungen und Potenziale der Social Economy

Rund **2,8 Mio Organisationen** der Social Economy in **Europa** schaffen mehr als 13 Mio. Arbeitsplätze und beschäftigen damit 6,3 % der Europäischen Erwerbsbevölkerung⁵. In **Österreich** gibt es schätzungsweise rund **1.500 Social Economy Organisationen**⁶. Für Länder wie **Frankreich** existieren umfassendere und präzisere Daten zur Social Economy als in Österreich. Dort zählten im Jahr 2015 7 % aller Unternehmen – Vereine und Stiftungen werden darin inkludiert – zur Social Economy, die 10,5% aller Beschäftigten auf sich vereinten⁷. Die Social Economy leistet in den Ländern, in denen sie am weitesten entwickelt ist, einen wichtigen Beitrag zum BIP, in **Spanien** z.B. rund 10 %⁸. In bestimmten Regionen der EU hat die Social Economy eine besondere Funktion. So spielen Energiegenossenschaften in Dänemark und Deutschland, Sozialgenossenschaften in Italien eine große Rolle.

Das sind beachtliche Zahlen für einen Sektor, der in Österreich noch kaum von Politik und Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Die Social Economy erbringt damit **essenzielle Leistungen** der Daseinsvorsorge, im gemeinnützigen Wohnbau, für die Landwirtschaft und die regionale Entwicklung insbesondere in strukturschwachen Räumen, unterstützt die Demokratisierung von Eigentum, entwickelt Lösungen für prekäre Arbeitsverhältnisse und agiert als Vorreiterin der Energiewende.

Darüberhinaus bieten die spezifischen Eigenschaften der Social Economy erhebliche **transformative Potenziale**, die dringlich realisiert werden müssen. Die Social Economy orientiert sich primär an sozialen oder ökologischen Zielen anstatt am Gewinn – anders als konventionelle Unternehmen dies tun. Für die Social Economy stehen damit die konkreten Bedürfnisse von Menschen im Zentrum: soziale Teilhabe, leistbarer und guter Wohnraum, leistbare und hochwertige Nahrungsmittel, sorgsame Pflege und Unterstützung im Alter oder sinnvolle Arbeitsplätze mit ausreichendem Einkommen und eine

⁴ EU-Kommission (2021), S. 5f.

⁵ EU-Kommission (2022): Factsheet Social Economy Action Plan, <https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=24985&langId=en>, 17.10.2022

⁶ Anastasiadis M., Gspurning W., Lang R. (2018): Social enterprises and their ecosystems in Europe. Country report Austria, 2018. <https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=20562&langId=en>, 17.10.2022

⁷ CNCRES (2015): Panorama de l'économie sociale et solidaire en France. Édition 2015. <http://base.socioeco.org/docs/blobserver1.pdf>, 6.12.2018.

⁸ Social Economy; Directorate-general for internal policies; Internal Market and Consumer Protection; Study for the IMCO Committee; 2016; Seite 9; [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/578969/IPOL_STU\(2016\)578969_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2016/578969/IPOL_STU(2016)578969_EN.pdf), 18.11.2022

auch langfristig gesicherte und gesunde ökologische Lebensgrundlage. Dies steht im Kontrast zu einem rein quantitativen, anscheinend unbegrenzten Wachstum. Damit eröffnet die Social Economy Potenziale für **mehr Suffizienz**, einer Orientierung am „Genug“, und am Gemeinwohl, um auf einem begrenzten Planeten ein gutes Leben für alle zu ermöglichen. Damit könnte die Social Economy den Druck der Ausbeutung reduzieren, den die konventionelle Wirtschaft auf natürliche Ressourcen und viele Menschen ausübt. Demokratische Organisationsstrukturen erfordern einen „Geist der Solidarität“, um Entscheidungen gleichberechtigt und konstruktiv aushandeln zu können. Dieses Solidaritätsprinzip schafft eine gute Grundlage für **einen sorgsameren Umgang mit natürlichen Produktionsbedingungen und der nicht-menschlichen Mitwelt**.

Insoweit die Social Economy organisationale Demokratie verwirklicht, sind viele ihrer Organisationen bzw. Unternehmen zudem in der Lage, soziale Herausforderungen, die mit der dringlich notwendigen **sozial-ökologischen Transformation** einhergehen, besser zu bewältigen als konventionelle Organisationen bzw. Unternehmen. Zu diesen Herausforderungen zählen etwa die Konversion von Unternehmen, die umweltschädliche Produkte herstellen oder umweltschädliche Produktionsmethoden anwenden, die Entwicklung neuer Kompetenzen z.B. im Reparaturbereich, oder die Schaffung bzw. der Ausbau von Arbeitsfeldern, die in einer sozial-ökologisch nachhaltigen Gesellschaft weit höheres Gewicht als jetzt erhalten müssen. Dazu gehört vor allem der große Bereich der **Care-Arbeit** insbesondere im Sinn persönlicher sozialer Dienstleistungen. Diese werden heute oft unbezahlt oder mit geringem Lohn unter schlechten Arbeitsbedingungen erbracht, und zu wenig anerkannt. Care-Arbeit wird bislang zum überwiegenden Teil von Frauen geleistet, darunter häufig Migrantinnen. Damit bietet die Social Economy auch die Chance, **Geschlechterverhältnisse gerechter** zu gestalten und **soziale Teilhabe** zu verwirklichen.

Die von Kooperation und Demokratie geprägte Arbeit von Social Economy-Unternehmen bzw. -Organisationen erleichtert den Aufbau einer „Circular Economy“, die Stoffe im Kreislauf führt. Das Potenzial einer **Kreislaufwirtschaft** kann nur bei einer intensiven Kooperation verschiedener Unternehmen und Organisationen ausgeschöpft werden. Für eine entsprechende Ausrichtung bietet das sechste Genossenschaftsprinzip der International Cooperative Alliance (ICA), „Kooperation von Genossenschaften“, ein gutes Beispiel⁹.

Zudem trägt die Social Economy dazu bei, wie Studien zeigen, **Ökonomien resilienter** zu gestalten und **gute Arbeitsplätze** nicht nur zu schaffen, sondern auch zu erhalten. Dies wird angesichts zunehmender Krisen wie die Störung von Lieferketten, Instabilitäten auf den Finanzmärkten oder die Verknappung bzw. Verteuerung von Rohstoffen immer wichtiger.

Die Social Economy ist eine hervorragende Quelle **sozialer Innovation**. Weil sie sich primär an sozialen und/oder ökologischen Zielen orientiert, kann sie rasch auf neue soziale und/oder ökologische Herausforderungen reagieren. Demokratische Entscheidungsstrukturen sowie die Kooperation mit einer großen Bandbreite von Stakeholdern setzen Kreativität frei und erleichtern eine sozial und/oder ökologisch wirksame Umsetzung von Innovationen. Dies unterstreicht die unverzichtbare Rolle der Social Economy für die dringlich notwendige sozial-ökologische Transformation. Soziale und

⁹ <https://www.ica.coop/en/cooperatives/cooperative-identity>, 19.11.2022

technologische Innovationen verschränken sich dabei in vielen Fällen. Ein bekanntes Beispiel aus dem Informatik-Bereich sind die Open Source-Bewegungen (z.B. Linux).

Zusammengefasst bilden die Organisationen der Social Economy einen wesentlichen Teil der **sozialen Infrastruktur** und leisten entscheidende Beiträge zu einer **sozial inklusiven, ökonomisch resilienten und ökologisch verträglichen** Wirtschaft. Sie

- schaffen und erhalten **Arbeitsplätze** auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten;
- ermöglichen qualitativ hochwertige, gut bezahlte und **sinnvolle Tätigkeiten**;
- **integrieren** benachteiligte Gruppen am Arbeitsmarkt;
- diversifizieren die Ökonomie und erhöhen deren **Resilienz**;
- investieren Überschüsse in **produktive Wirtschaftskreisläufe** anstatt diese an Einzelne auszuschütten;
- tragen damit zum Erhalt und sozial-ökologischen Umbau **industrieller Strukturen** bei;
- erleichtern die Entwicklung **ländlicher Regionen**;
- verbessern die **Leistbarkeit** von Gütern des täglichen Bedarfs;
- tragen zur Demokratisierung von **Eigentum** bei;
- erlauben es, kommunale und andere **öffentliche Dienstleistungen** zu demokratisieren;
- ergänzen **kosteneffizient** die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen;
- bieten ein großes Potenzial für **soziale Innovationen**, darunter solche, die Suffizienz und einen sorgsameren Umgang mit natürlichen Produktionsgrundlagen fördern;
- unterstützen eine **Regionalisierung** von Wirtschaftskreisläufen;
- erhöhen die **soziale Sicherheit** und minimieren wirtschaftliche Risiken;
- sind **Vorreiterinnen der Energiewende** und im Klimaschutz;
- forcieren die **Digitalisierung** und achten dabei auf soziale Inklusion;
- stärken den Arbeitsmarktzugang für Frauen und damit die **Gleichstellung** der Geschlechter;
- orientieren ihre wirtschaftliche Aktivität an **demokratischen und ethischen Werten**;
- fördern eine gelebte Demokratie durch **aktive Teilhabe an der Wirtschaft**.

Die Unternehmen und Organisationen der Social Economy können somit auch Maßnahmen der öffentlichen Hand in der Bereitstellung qualitativ hochwertiger Sozialdienstleistungen auf äußerst kosteneffiziente Weise ergänzen und durch demokratische bzw. partizipative Organisationsstrukturen besser an die Bedürfnisse von Menschen anpassen.

Angesichts der essenziellen Leistungen und transformativen Potenziale der Social Economy hat die EU-Kommission einen **Aktionsplan** zur Schaffung geeigneter politischer und rechtlicher Rahmenbedingungen für die Social Economy bis 2030 veröffentlicht. Mit dem Aktionsplan sollen für die Social Economy der Zugang zu Finanzmitteln verbessert und ihre Entwicklung in einschlägigen Initiativen der EU eingebettet werden.

Das bietet auch **für Österreich große Chancen**. Doch wir stellen fest, dass die Social Economy in Österreich im Vergleich zu konventionellen Unternehmen deutlich weniger unterstützt und öffentlich wahrgenommen werden.

1.3. Zentrale Herausforderungen der Social Economy in Österreich

Im Österreichbericht der EU-weiten Studie „Social Enterprises and their Ecosystems in Europe“¹⁰ wurden mit Vertreter:innen der Social Economy in Österreich die größten Hürden für diesen Sektor erhoben. Sie beeinträchtigen das Funktionieren der Social Economy- Unternehmen bzw. - Organisationen beträchtlich.

Dazu gehören:

- geringe sozial- und wirtschaftspolitische Unterstützung – außer für die „Integrativen Betriebe“ sind Verträge überwiegend kurzfristig;
- rechtliche und steuerliche Unberechenbarkeit und Unsicherheit;
- geringe Wahrnehmung der Unternehmen der Social Economy;
- kein geteiltes Verständnis von Social Economy-Unternehmen bzw. -Organisationen;
- der politische Trend, den Wohlfahrtsstaat zu reduzieren und öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren.

Dazu kommt ein zunehmender Fachkräftemangel, der sich auch auf die Social Economy negativ auswirkt. Dieser ist unter anderem durch den demographischen Wandel, verbesserungswürdige Arbeitsbedingungen und fehlende Weiterbildungsmöglichkeiten bedingt.

2. Hintergrund der Deklaration

2.1. Die 1. Social Economy Konferenz in Österreich

Wie die transformativen Potenziale der Social Economy in Österreich besser genutzt werden können stand im Zentrum der „1. Social Economy Konferenz in Österreich: Kooperieren – Demokratisieren – Transformieren. Die Potenziale Sozialer und Solidarischer Ökonomien entfalten“ am 24. November 2022 an der Universität Graz. Die Konferenz wurde in Zusammenarbeit der Universität Graz, dem Zentrum für Sozialwirtschaft, wesentlichen Interessensverbänden der Social Economy, einer Reihe von universitären Forschungseinrichtungen und unterstützenden Organisationen veranstaltet (siehe die Liste der co-veranstaltenden Organisationen unter <https://se-conference.uni-graz.at/de/hintergrund/wer-steht-dahinter/>)

Diese Deklaration **bündelt die Positionen der Co-Veranstalter:innen** zur Situation der Social Economy in Österreich und skizziert unsere Vision für die Zukunft, indem sie Forderungen und Empfehlungen für den Sektor der Social Economy, die Universitäten, die österreichischen Gebietskörperschaften, Organisationen, die die Social Economy unterstützen und aus ihr Nutzen ziehen, sowie die regionale und nationale Politik formuliert.

¹⁰ Anastasiadis M., Gspurning W., Lang R. (2018): Social enterprises and their ecosystems in Europe. Country report Austria, 2018. <https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=20562&langId=en, 19.11.2022>

An die 200 Personen haben sich am 24. November im Grazer Meerscheinschlössl mit dem Stand der Entwicklung der Social Economy in Österreich beschäftigt. Parallel zur Vorbereitung der 1. Social Economy Konferenz in Österreich wurde eine gemeinsame Deklaration erarbeitet, die bei der Konferenz vorgestellt wurde.

Im ersten Workshopblock wurde die Bedeutung der Social Economy in Bezug auf

- Energiewende, Klimaschutz und Versorgungssicherheit,
- Arbeit, soziale Absicherung und Integration,
- Alltagsökonomie, Care und Daseinsvorsorge,
- Wohnen – leistbar, nachhaltig und gemeinschaftlich,
- Ernährung, Landwirtschaft und Nahversorgung sowie
- Demokratie, Partizipation und Gleichstellung

unter anderem anhand guter Beispiele herausgearbeitet.

In einem zweiten Block wurden Meta- und Querschnittsthemen diskutiert:

- Finanzierung und öffentliche Vergabe,
- Forschung: Bestandsaufnahme und Entwicklungsmöglichkeiten,
- Organisations- und Eigentumsformen der Social Economy,
- Gemeinwohl als Ziel der Social Economy und
- Degrowth, sozial-ökologische Transformation und Social Economy

Weil die Social Economy in Österreich fragmentiert ist, können deren Organisationen ihren gesellschaftlichen Nutzen weder ausreichend kommunizieren noch ihre Interessen wirksam vertreten. Mit dieser Deklaration wollen die Teilnehmer:innen ein **gemeinsames Verständnis der Vielfalt und Gemeinsamkeiten** der Social Economy in Österreich zum Ausdruck bringen und eine Grundlage für ein koordiniertes Vorgehen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und zur Umsetzung des Aktionsplans der EU schaffen.

2.2. Relevante internationale Rahmenbedingungen

2.2.1. Die nachhaltigen Entwicklungsziele der Vereinten Nationen

Im Jahr 2015 haben 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen im Rahmen der Agenda 2030 **siebzehn nachhaltige Entwicklungsziele**¹¹ einstimmig beschlossen. Wie die **International Labour Organisation ILO** mehrfach herausstellt, tragen die Organisationen bzw. Unternehmen der Social Economy wesentlich dazu bei, diese Ziele zu erreichen¹².

¹¹ Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung; 2015, <https://unric.org/de/17ziele/>, 17.10.2022.

¹² siehe z.B. ILO (2022): Advancing the 2030 Agenda through the Social and Solidarity Economy. Position Paper of the United Nations Inter-Agency Task Force on Social and Solidarity Economy. https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_emp/---emp_ent/---coop/documents/publication/wcms_856876.pdf, 17.10.2022; im Detail: <https://www.ilo.org/global/topics/cooperatives/publications/transforming-our-world/lang--en/index.htm>, 17.10.2022

2.2.2. OECD-Empfehlung zur Sozialen und Solidarischen Ökonomie und Sozialer Innovation

Die OECD hat 2022 eine **Empfehlung zur Unterstützung der Social Economy** (hier als „Soziale und Solidarische Ökonomie“ bezeichnet) veröffentlicht¹³. Die OECD unterstützt die Social Economy mit Blick auf neue Geschäftsmodelle, essenzielle Dienstleistungen und aufgrund ihres Beitrags zu einer gerechteren, grüneren und digitalen Transition sowie ihrer gemeinschaftsbildenden Funktion und ihres Nutzens für die Jugend. Die OECD unterstreicht dabei auch, dass die Social Economy für langfristige Resilienz von Bedeutung ist. Folgende Maßnahmen werden unter anderem empfohlen: Nutzung der Hebelwirkung der Social Economy, um transformativen, systematischen Wandel voranzutreiben; Sichtbarkeit der Social Economy erhöhen; Verbesserung der statistischen Daten zur Social Economy; Messung des Impacts der Social Economy.

2.2.3. Europäische Säule sozialer Rechte

Die Social Economy kann dazu beitragen, die Grundsätze der **europäischen Säule sozialer Rechte**¹⁴ zu verwirklichen und ihren Aktionsplan 2021¹⁵ sowie die Kernziele für 2030 zu erreichen, z. B. die Erhöhung der Beschäftigungsquote und die Verringerung der Zahl der Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind.

2.2.4. NextGenerationEU

NextGenerationEU ist der **Aufbauplan** der aktuellen EU-Kommission, mit dem die EU gestärkt aus der Pandemie hervorgehen möchte. Die Europäischen Volkswirtschaften sollen dazu umgestaltet werden und neue Chancen und Arbeitsplätze für Europa schaffen. Dabei soll die Social Economy eine wichtige Rolle spielen.

2.2.5. EU-Aktionsplan für die Social Economy

Der Aktionsplan der EU zur Förderung der Social Economy¹⁶ ist vor diesem Hintergrund entscheidend wichtig.

Der Aktionsplan zielt darauf ab, **soziale Innovation** zu fördern, die Entwicklung der Social Economy zu unterstützen und ihre soziale und wirtschaftliche Transformationskraft zu stärken. Es schlägt eine Reihe von **Maßnahmen** für den Zeitraum 2021-2030 vor, mit deren Möglichkeiten sich die Teilnehmer:innen an der 1. Social Economy Konferenz auseinandergesetzt haben. Der erweiterte Titel „*Aufbau einer Wirtschaft im Dienste der Menschen: ein Aktionsplan für die Sozialwirtschaft*“ verweist auf die großen Erwartungen, die die EU-Kommission in diesen Aktionsplan setzt: Sie will das europäische Wirtschaftsmodell und die Menschen in Europa nachhaltig absichern.

¹³ <https://www.oecd.org/cfe/leed/social-economy/social-economy-recommendation/>, 21.11.2022

¹⁴ Die Europäische Säule sozialer Rechte, 2015; Gefunden unter: https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/economy-works-people/jobs-growth-and-investment/european-pillar-social-rights/european-pillar-social-rights-20-principles_de

¹⁵ Aktionsplan für die Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte; 2020; https://ec.europa.eu/info/strategy/priorities-2019-2024/economy-works-people/jobs-growth-and-investment/european-pillar-social-rights/european-pillar-social-rights-action-plan_de

¹⁶ Building an economy that works for people; an action plan for the social economy; 2021; Gefunden unter <https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=24984&langId=en>

Der Aktionsplan setzt eine Reihe von Initiativen in den folgenden drei Bereichen:

- Schaffung der richtigen **Rahmenbedingungen** für das Gedeihen der Social Economy .
- Eröffnung von Möglichkeiten und Aufbau von **Kapazitäten**.
- Stärkung der **Anerkennung** der Social Economy und ihres Potenzials¹⁷.

Der Aktionsplan kündigt **Schlüsselaktionen** zur Unterstützung der Social Economy an, zum Beispiel eine Empfehlung des EU-Rates zur Entwicklung der Rahmenbedingungen für die Social Economy; ein neues EU-Sozialwirtschaftsportal, das einen klaren Einstiegspunkt für Interessenvertreter:innen der Social Economy, andere relevante Akteur:innen und Einzelpersonen bietet, die Informationen über relevante EU-Finanzierungen, -Politiken und -Initiativen suchen; ein neues Europäisches Kompetenzzentrum für soziale Innovation.

Zur Ergänzung von Finanzinstrumenten, die rückzahlbare Finanzierungen bereitstellen, stellt die Kommission **Zuschussunterstützung** bereit, um bestimmte Marktlücken zu schließen.

3. Forderungen und Empfehlungen

Im Folgenden stellen wir die wichtigsten Ergebnisse als Handlungsempfehlungen in Hinblick auf die Stärkung der Social Economy in Österreich in den kommenden Jahren vor.

3.1. Forderungen an die Bundesregierung

✓ **Gesetzliche Rahmenbedingungen**

Vergabe öffentlicher Aufträge

Die Vergabe öffentlicher Aufträge unter Berücksichtigung sozialer Kriterien stellt eine wesentliche Rahmenbedingung für die Finanzierung von Social Economy Unternehmen bzw. Organisationen dar. Jährlich werden öffentliche Aufträge im Wert von rd. 56 Mrd. Euro vergeben. Die bestehende Rechtslage eröffnet Auftraggeber:innen umfassende Möglichkeiten, soziale Zielsetzungen im Vergabeverfahren zu berücksichtigen. So sieht das derzeit geltende Bundesvergabegesetz 2018 als einen zentralen Grundsatz vor, dass Auftraggeber:innen in einem Vergabefahren auf ein weites Spektrum sozialer Anliegen Bedacht nehmen können; explizit genannt werden die Beschäftigung von Frauen, von Personen im Ausbildungsverhältnis, von Langzeitarbeitslosen, von Menschen mit Behinderung und älteren Arbeitnehmer:innen (§ 20 Abs. 6 und § 193 Abs. 6 BVergG 2018; § 14 Abs. 6 BVergGKonz 2018), dazu etwa Genderaspekte, die Förderung von Freiwilligenleistungen, fairer Handel, die Barrierefreiheit, „Design für alle“ und vieles andere mehr.

Wir fordern die Bundesregierung auf,

- dass sie einen Katalog sozialer Kriterien analog dem Kriterienkatalog für Nachhaltige Beschaffung in Übereinstimmung mit den Definitionskriterien der Social Economy laut Aktionsplan der EU entwickelt und auf der Seite nabe.gv.at veröffentlicht;

¹⁷ <https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&newsId=10117&furtherNews=yes#navItem-1>, 17.10.2022

- den rechtssicheren Umgang mit Zuschlagskriterien die sich an der Social Economy orientieren, herzustellen. Das „wirtschaftlichste“ Angebot wird oft als das „günstigste“ Angebot missverstanden. Das „wirtschaftlichste“ Angebot muss das gesamthaft günstigste Angebot sein.
- konkrete an der Social Economy orientierte objektive Kriterien im Vergabegesetz einzuführen, wie etwa Vorweis einer Gemeinwohl-Bilanz oder eines entsprechenden Registers. Damit wird der Nachweis einer Social Economy-Orientierung rechtssicher und vergleichbar.
- ein Servicecenter für Gemeinden mit einem Angebot an Schulungen und einem Helpdesk analog der NABE-Plattform einrichtet;
- ein Servicecenter und unbürokratische Unterstützung für Unternehmen bzw. Organisationen der Social Economy bei Teilnahme an Ausschreibungen einrichtet. Viele dieser Unternehmen sind klein und haben nicht die Kapazitäten komplexe Ausschreibungen richtig zu bearbeiten.
- Mustervergaben im Bereich der vorbehaltenen Aufträge durchführt;
- dass sie ab 2024 einen Schlüssel für alle Aufträge festlegt, die von öffentlichen Stellen nach diesem Prinzip zu vergeben sind, beginnend mit 5 %, mit einem verbindlichen Stufenplan bis zur Erreichung von 35 bis 50 % im Jahr 2030;
- dass sie die besonderen Eigenschaften von Social Economy-Unternehmen bzw. -Organisationen anerkennt, unter Erstellung eines angemessenen rechtlichen Rahmens, der die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen berücksichtigt;
- dass sie die Nutzung der EU-State Aid Regulation¹⁸ unterstützt, um Social Economy-Unternehmen bzw. -Organisationen finanziell zu unterstützen.

Schaffung von Planungssicherheit für Unternehmen bzw. Organisationen der Social Economy

Die Unternehmen bzw. Organisationen der Social Economy verfügen derzeit über zu wenig Planungssicherheit. Besonders problematisch ist die fehlende Planbarkeit für jene Unternehmen bzw. Organisationen der Social Economy, die unter unsicheren steuerrechtlichen Rahmenbedingungen wirtschaften. So gefährdet etwa eine im Nachhinein durchgeführte Aberkennung der Gemeinnützigkeit, die nicht durch gesetzliche Verstöße begründet ist, die Existenz solcher Unternehmen bzw. Organisationen und ihrer Eigentümer:innen.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf

- in Zusammenarbeit mit Vertretungen sozialwirtschaftlicher Organisationen eine gesetzliche Grundlage zu entwickeln, die allen Beteiligten, der öffentlichen Hand, den Finanzbehörden und den Social Economy-Organisationen bzw. -Unternehmen Sicherheit bietet. Die abgabenrechtlichen Begünstigungen aus einer Gemeinnützigkeit von Unternehmen bzw. Organisationen der Social Economy müssen zu sicheren und planbaren Rahmenbedingungen für diese führen;
- den Social Economy-Organisationen bzw. -Unternehmen die Nachhaltigkeitsberichterstattung zu erleichtern. Zur Vermeidung von

¹⁸ https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=uriserv%3AOJ.L_2014.187.01.0001.01.ENG, 18.11.2022

Ressourcenbindung in der Dokumentation der Einhaltung von Anforderungen, die bereits aufgrund der grundsätzlichen Ausrichtung erfüllt werden, ist eine Entbürokratisierung notwendig.

Schaffung von soliden und transparenten Datengrundlagen für die Social Economy

Derzeit fehlen präzise Datengrundlagen zur Social Economy in Österreich.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf

- die Social Economy in relevante Statistiken und Analysen zu integrieren (OeNB, Statistik Austria, WKO, AMS etc.). Dahingehend kann z.B. die Praxis in Frankreich als Vorbild für Österreich dienen¹⁹;
- mit Blick darauf ein Register aller Social Economy-Unternehmen bzw. -Organisationen zu erstellen, das auf transparenten Unterlagen zu den drei Definitionsmerkmalen der Social Economy laut Aktionsplan der EU beruht und dass diese in regelmäßigen Abständen überprüft werden.

Nutzung von für die Social Economy vorgesehenen EU-Mitteln

Die Aufbau- und Resilienzfazilität²⁰ im Rahmen von „NextGenerationEU“²¹ bietet den EU-Mitgliedstaaten erhebliche Möglichkeiten zur Umsetzung von Reformen und Investitionen durch soziales und integratives Unternehmertum. Einige Mitgliedstaaten haben die Social Economy und integratives Unternehmertum als Prioritäten in ihre nationalen Aufbau- und Resilienzpläne²² aufgenommen. Österreich wird von der EU im Rahmen dieses Programms 3,75 Mrd. Euro an nicht rückzahlbaren Mitteln erhalten, hat aber leider für den Ausbau der Social Economy keine Maßnahmen vorgesehen²³.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf

die seitens der EU verfügbaren Finanzierungsmöglichkeiten der Social Economy in Hinkunft auch für ihren Auf- und Ausbau zur Verfügung zu stellen.

✓ **Verbesserungen für Unternehmen der Social Economy in der Rechtsform der Genossenschaft**

Im Regierungsprogramm findet sich der Punkt „Vereinsumwandlungsgesetz“, der es Vereinen ermöglichen soll, identitätswahrend in die Rechtsform der Genossenschaft zu wechseln. Dies kann für Unternehmen der Social Economy interessant sein, insbesondere wenn sie eine bestimmte Größe erreichen und die Vorteile einer Genossenschaft (Betreuung durch Verband, regelmäßiges externes Feedback in Form der Revision) in Anspruch nehmen wollen.

¹⁹ <https://www.ess-france.org/>, 19.11.2022

²⁰ Die Aufbau- und Resilienzfazilität ist am 19. Februar 2021 in Kraft getreten. Sie bildet das Kernstück des Wiederaufbaufonds NextGenerationEU. Sie dient der Finanzierung von Reformen und Investitionen in den EU-Mitgliedstaaten von Beginn der Pandemie im Februar 2020 bis zum 31. Dezember 2026.

²¹ Europäischer Aufbauplan 2021 – 2027, https://ec.europa.eu/info/strategy/recovery-plan-europe_de_18.11.2022

²² Zur Umsetzung des Europäischen Aufbauplans müssen die EU-Mitgliedsstaaten Resilienzpläne entwickeln und mit der Europäischen Kommission vereinbaren.

²³ Vgl. Österreichischer Aufbau- und Resilienzplan 2020 – 2026; gefunden unter https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:daa6ed52-1070-41d5-acf6-5f980dc6e0dd/Oesterreichischer-Aufbau-und-Resilienzplan-2020-2026.pdf_18.11.2022

Diesbezüglich wird angeregt, die bereits weitestgehend vorbereitete Reform zügig umzusetzen. Die im Rahmen der Vorbereitung der für diese Reform erforderlichen Gesetzestexte zusätzlich vorgeschlagene Möglichkeit, die Nachschusspflicht einzuschränken bzw. auszuschließen, würde die Finanzierungsmöglichkeiten von Unternehmen der Social Economy in der Rechtsform der Genossenschaft spürbar verbessern.

✓ **Arbeitsmarktpolitik**

Viele Studien belegen, dass Langzeitbeschäftigungsmaßnahmen helfen, Armut zu reduzieren und soziale Inklusion zu fördern.

- Wir empfehlen, Innovationsräume zu eröffnen, die die Kreativität der Zivilgesellschaft nutzen, um gute, sinnvolle Arbeit und soziale Absicherung zu schaffen. Sie fokussieren im Sinn eines erweiterten Arbeitsbegriffs nicht nur auf Erwerbsarbeit, sondern integriert auch andere Arbeitsformen, z. B. die Kooperation von Prosument:innen in sozial innovativen Social Economy-Initiativen im Bereich der Lebensmittelproduktion und -verteilung.
- Fast jede dritte arbeitslose Person ist langzeitbeschäftigungslos, immer mehr Menschen finden am ersten Arbeitsmarkt keinen Platz. Dauerhafte Arbeitsplätze in den Unternehmen der Social Economy und Modelle, die Arbeiten und Lernen miteinander verbinden, sind daher ein wichtiges Instrument zur Förderung sozialer Teilhabe und Armutsbekämpfung und sollten verstärkt genutzt werden.
- Für die aktuell 62.000 arbeitslosen Personen mit „sonstigen gesundheitlichen Einschränkungen oder Behinderungen“ verfügt die Arbeitsmarktpolitik nur über wenige nachhaltige Angebote. Viele der Betroffenen erreichen keine durchgehende Erwerbskarriere mehr. Die Weiterentwicklung und Ausweitung des Fördermodells der Integrativen Betriebe auf alle Unternehmen der Wirtschaft kann hier Abhilfe schaffen.

✓ **Investitionsbedürfnisse und Finanzierung**

Organisationen bzw. Unternehmen der Social Economy können heute in Österreich nur in bestimmten Fällen (z. B. im Wohnbau) auf Finanzierungen zugreifen, die allen konventionellen Unternehmen offenstehen. Obwohl durch zahlreiche Studien widerlegt, werden weite Bereiche der Social Economy von vielen Banken als risikoreich und kaum nachhaltig angesehen. Die EU hat im Rahmen ihrer Möglichkeiten bereits zahlreiche Finanzierungsschienen in Form von Bankgarantien sowie Krediten aufgelegt. Manche EU-Staaten haben darüber hinaus bereits eine Finanz- und Beratungsinfrastruktur für die Social Economy aufgebaut, die es strukturiert ermöglicht, soziale Innovationen zu finanzieren. Diese Investments können die Wirkung sozialer Programme verstärken, die Selbständigkeit der Bürger:innen erhöhen und langfristig Kosten senken.

Wir fordern die Bundesregierung auf

- das Potenzial von Finanzierungsprogrammen wie dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSD) zur Einführung von Innovationen im Sektor zur Steigerung der Wirkungen der sozialwirtschaftlichen Aktivitäten zu nutzen und auch eigene nationale Finanzinstrumente dafür zu entwickeln;
- im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik Förderinstrumente zu ermöglichen, die eine mehrjährige (degressive) Förderung von am Arbeitsmarkt benachteiligten Menschen erlaubt;
- den Ressourceneinsatz durch Kooperation mit Social Economy-Organisationen bzw. -Unternehmen effizienter zu gestalten (indem der bürokratische Aufwand reduziert wird);
- zum Aufbau von übergreifenden Kooperationsstrukturen der Social Economy beizutragen, um soziale Innovation zu maximieren und dysfunktionale Konkurrenzsituationen zu vermeiden, in Übereinstimmung mit dem sechsten Prinzip der Genossenschaften (eines wichtigen Teilbereichs der Social Economy) laut International Cooperative Alliance (ICA), das die Kooperation zwischen Genossenschaften als wichtiges Ziel formuliert;
- die Übernahme von Unternehmen durch Mitarbeiter:innen zu fördern (in Fällen wie Standortverlagerung, Generationenwechsel oder Insolvenz) und die Umwandlung von herkömmlichen Unternehmen in Unternehmen der Social Economy (z. B. Genossenschaften) zu unterstützen. Dazu ersuchen wir die Bundesregierung, effektive Instrumente zum Erhalt von Arbeitsplätzen und Unternehmen im Sinn der Social Economy zu entwickeln. Dafür gilt es, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen (Expertise, Gesetze, Förderungen etc.) Das italienische Marcora-Gesetz als gutes Praxis-Modell kann hier eine Orientierung bieten²⁴.

✓ **Bewusstseinsbildung und Kompetenzentwicklung**

Als Teil ihrer strategischen Ausrichtung auf inklusives, intelligentes und nachhaltiges Wachstum haben OECD und EU Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung entwickelt, wie etwa eine Anleitung zur Messung sozialer und wirtschaftlicher Wirkungen für Social Economy-Unternehmen bzw. -Organisationen, eine Anleitung für die Entwicklung geeigneter rechtlicher Rahmenbedingungen, spezifische Partnerschaften (um Erfahrungen und Chancen unter verschiedenen Ländern und Stakeholdern auszutauschen), thematische Papiere (unter anderem zur Klärung von Konzepten und Definitionen). Solche Maßnahmen fehlen in Österreich bislang.

Wir fordern die Bundesregierung auf

- ein niederschwelliges Innovationsprogramm zu schaffen, das über einen Zeitraum von fünf Jahren die Entwicklung von Social Economy-Organisationen bzw. -Unternehmen in allen während der Konferenz behandelten Themenbereichen fördert, insbesondere zur

²⁴ Das 1985 unter dem christdemokratischen Industrieminister Giovanni Marcora erlassene Marcora-Gesetz regelt „das ein Vorkaufsrecht der Belegschaft bei Betriebsschließungen wegen Insolvenz oder anderer Gründe (...) sowie die Fortführung des Unternehmens als Mitarbeitergenossenschaft. Darüber hinaus regelt es die Finanzierung und Begleitung der mitarbeitergeführten Genossenschaft durch den genossenschaftlichen Finanzierungsfonds CFI“.

Beschäftigung von benachteiligten Personengruppen. In Form eines One-Stop Shops sollten spezifische Information und Beratung bereitgestellt werden;

- technische, finanzielle und administrative Unterstützungen für Organisationen bzw. Unternehmen bereitzustellen, die sich innovativ weiter entwickeln und sich in Social Economy-Organisationen bzw. -Unternehmen transformieren möchten, und entsprechende Anreize zu schaffen;
- im Sinn der Social Economy gemeinwohlorientiertes Wirtschaften zu fördern, um einen Ausgleich zu schaffen für jene Kosten, die entstehen, wenn negative externe Effekte wirtschaftlichen Handelns vermieden werden sollen. Derzeit schlagen sich diese freiwilligen Leistungen im Verkaufspreis nieder, weil z.B. CO2-ärmere Rohstoffe in aller Regel teurer sind. Die Internalisierung von nicht auf die Gesellschaft abgewälzten Kosten muss honoriert werden z.B. durch steuerliche Entlastung.
- Berufsprofile und Ausbildungsmöglichkeiten speziell für Social Economy-Unternehmen bzw. -Organisationen zu schaffen, deren Arbeitsweise sich aufgrund ihrer primär sozialen und/oder ökologischen Zielsetzungen sowie demokratischen und/oder partizipativen Entscheidungsstrukturen bzw. der Ausrichtung auf sozialen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit von konventionellen Unternehmen erheblich unterscheidet;
- im Rahmen des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft Ausbildungsmöglichkeiten für Verwaltungs-Mitarbeiter:innen zu schaffen, um die Social Economy angemessen unterstützen zu können; einen gesetzlichen Rahmen zu entwickeln, der es ermöglicht, spezielle Förderungen zur Beschäftigung benachteiligter Personen allen Organisationen bzw. Unternehmen der Social Economy zur Verfügung zu stellen unter Einbeziehung von Know How aus dem „Supported Employment“ (in Österreich als „NEBA-Leistungen“ bezeichnet);
- die Entwicklung von Forschungs- und Bildungsplänen für zukünftige Social Economy-Akteur:innen wie Unternehmer:innen auf Universitätsebene zu unterstützen und Kompetenzzentren zur Gründung von und Transformation zu Unternehmen und anderen Organisationen der Social Economy (z.B. im Rahmen der Betriebsnachfolge) zu fördern;
- eine physische und/oder digitale Austauschplattform für Akteur:innen der Social Economy einzurichten, z. B. Unternehmer:innen und nationale sowie lokale Behörden, um den gemeinsamen Dialog über Bedürfnisse und Kooperationsmöglichkeiten zu unterstützen.

✓ **Zuständigkeiten und politische Strategien**

Die Social Economy in Österreich braucht klare Zuständigkeiten und wirksame politische Strategien. Diese fehlen in Österreich bislang völlig – im Unterschied zu vielfältigen und intensiven Aktivitäten in vielen anderen EU-Staaten und auf EU-Ebene zur Förderung der Social Economy. Österreich droht den Anschluss in dieser Hinsicht zu verlieren und die unverzichtbaren Potenziale der Social Economy für die dringlich notwendige sozial-ökologische Transformation ungenutzt zu lassen. Wir erwarten uns daher eine Evaluation der Zuständigkeiten und Kompetenzen auf Ebene des Bundes, der Länder und Gemeinden sowie

gegebenenfalls eine Neuaufstellung, damit die für die Social Economy verantwortlichen staatlichen Körperschaften ihrer Aufgabe im Auftrag der in Österreich lebenden Menschen auch tatsächlich nachkommen.

Wir fordern die Bundesregierung daher zu folgenden Schritten auf:

- Klärung der Verteilung der Zuständigkeiten zwischen den staatlichen Stellen und Ebenen, um die Politikmaßnahmen für die Social Economy besser und effektiver umzusetzen, gegebenenfalls durch die Schaffung eines Staatssekretariates oder einer eigenen Abteilung für Social Economy.
- Bei Bedarf Schaffung einer übergreifenden Kommission zur Klärung der Zuständigkeiten, zur Ausarbeitung eines Nationalen Aktionsplans Social Economy, zur Schaffung eines unterstützenden institutionellen Rahmens und zur Konzeption günstiger rechtlicher und anderer regulatorischer Rahmenbedingungen in enger Zusammenarbeit und demokratischer Abstimmung mit Social Economy-Akteur:innen.
- Breite und inklusive Mitbestimmung von Nutzer:innen der Social Economy, insbesondere von unterrepräsentierten Gruppen, bei der Gestaltung und Umsetzung von politischer Initiativen zur Social Economy.

✓ **Gesellschaftliche Rahmenbedingungen**

Die Möglichkeiten und Perspektiven der Social Economy stehen in einem engen Zusammenhang mit gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Deshalb müssen Maßnahmen zur Förderung der Social Economy auch diese Rahmenbedingungen adressieren.

Beispielhaft seien hier einige wichtige Handlungsfelder benannt:

- Abbau direkter und indirekter Subventionen für Unternehmen, deren Hauptziele nicht soziale und ökologische sind, die ihre Gewinne nicht vornehmlich reinvestieren und nicht demokratisch und/oder partizipativ gesteuert werden, bzw. deren Organisations- und Eigentumsverhältnisse – im Fall von Sozialunternehmen bzw. social businesses – jedenfalls nicht an sozialer Gerechtigkeit orientiert sind.
- Partizipative und damit sozialverträgliche Gestaltung der dringlich notwendigen sozial-ökologischen Transformation (z.B. Einschränkung bzw. Ersatz umweltschädlicher Produkte bzw. Produktionsmethoden und gleichzeitiger Aufbau neuer Perspektiven für betroffene Arbeitnehmer:innen in der - Care-Arbeit)
- Reduktion sozialer Ungleichheit durch Steuerstrukturreform und Lohnpolitik.
- Auf volkswirtschaftlicher Ebene alternative Wohlstandsindikatoren wie etwa das Common Good Product (CGP) einsetzen.
- Schutz von Social Economy-Organisationen bzw. -Unternehmen vor missbräuchlicher Instrumentalisierung, z. B. als „Rettungsnetz“, das den Abbau staatlicher Daseinsvorsorge auffangen soll.
- Demokratische, sozial faire und ökologisch gerechte Neugestaltung internationaler wirtschaftlicher Strukturen unter Berücksichtigung der besonderen Potenziale von

- Social Economy-Unternehmen bzw. -Organisationen sowohl in der EU als auch in Ländern des Globalen Südens und mit Blick auf deren internationale Kooperation.
- Entwicklung von demokratisch regulierten Social Economy-Prozessen und -Strukturen zur sozialen Einbettung der zu erwartenden globalen Diffusion von (halb-)autonomen, KI-gestützten Technikartefakten sowie solchen der Virtual und Augmented Reality.
 - Schaffung eines Umfeldes für soziale Innovationen durch Förderung von Kooperationen (innerhalb der Social Economy, aber auch mit anderen Akteur:innen z.B. Kommunen, Universitäten und Fachhochschulen in Form von Inkubatoren, Kompetenzzentren, Foren, Netzwerken, Social Economy-Regionen oder -Clustern).
 - Bildungsarbeit und Bewusstseinsbildung auf allen Ebenen (Schulen, Erwachsenenbildung, Hochschulen) zu allen Aspekten der Social Economy.

3.2. Empfehlungen an Akteur:innen der Social Economy

Die Akteur:innen der Social Economy in Österreich sind sehr unterschiedlich und bislang nicht gemeinsam organisiert. Doch gemeinsam können wir stärker werden!

- ✓ **Aufbau einer wirksamen Interessenvertretung**
 - Nutzen Sie diese Deklaration für ihre Lobbyarbeit und führen Sie die Tradition von Social Economy-Konferenzen in Österreich weiter, damit anstelle der Fragmentierung des Sektors Gemeinsamkeiten sichtbar werden.
 - Überlegen Sie Möglichkeiten der Institutionalisierung der Social Economy, um deren nachhaltiges Wachstum zu unterstützen, z.B. durch Gründung eines Interessensverbands.
- ✓ **Bewusstseinsbildung**
 - Machen Sie die besonderen unverzichtbaren, transformativen Potenziale der Social Economy sichtbar und vermitteln Sie diese einer breiten Öffentlichkeit.
 - Entwickeln Sie Vergleichs- und Lernmöglichkeiten anhand guter Beispiele aus Österreich und anderen Ländern Europas und implementieren Sie solche in Ihren Organisationen bzw. Unternehmen.
 - Entwickeln Sie Möglichkeiten, sich am sozialen Dialog zu beteiligen, damit die spezifischen Bedürfnisse der Organisationen bzw. Unternehmen der Social Economy sichtbar werden, insbesondere wenn sie benachteiligte Personengruppen beschäftigen.

Impressum:



RCE Graz-Styria – Zentrum für nachhaltige Gesellschaftstransformation
Karl-Franzens-Universität Graz
Heinrichstraße 18
8010 Graz
<https://regional-centre-of-expertise.uni-graz.at/de/>

als koordinierende Organisation des Social Economy Deklarationsprozesses

Mit freundlicher Unterstützung des Klima- und Energiefonds.

powered by 